

Können wir noch gemeinsam? Populismus, Pauschalierung, Polarisierung – Demokratie in Krisenzeiten

Rede von Bernhard G. Suttner beim Neujahrsempfang der ÖDP in Würzburg am 31.1.2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Würzburger ÖDP-Verantwortlichen haben mir vorgeschlagen, heute über drei Begriffe nachzudenken. Ich beginne mit dem Leichtesten:

1.

Polarisierung ist eine Erkenntnismethode

Die Polarisierung ist zunächst kein Problem, sondern eine ganz normale erkenntnisfördernde Methode: Wenn ich wissen will, wie Dunkelheit wirkt, knipse ich am besten alle Lampen aus. **Licht und Dunkelheit sind zwei Pole.**

Ständig auf dem Sofa liegend werde ich nie erfahren, wie sich Anstrengung und Gipfelerlebnis anfühlt. Umgekehrt wird man nie erleben, wie schön die Faulenzerei ist, wenn man ständig an seine Leistungsgrenzen geht. **Muße und Aktion sind zwei Pole.**

Und am klarsten wird mir meine Sicht auf die Welt und auf die Lösungsmöglichkeiten für aktuelle Probleme, wenn man mir widerspricht. Dann kommen Hirn und Herz in Bewegung. Dann spüre ich Energie, starke Emotion und gute Gedanken, die nicht nur mich besser überzeugen können. **Überzeugung und Widerspruch sind auch zwei Pole.**

Deshalb: Vor Polarisierung muss man sich nicht prinzipiell fürchten.

Problematisch wird die Polarisierung, wenn sie nicht mehr eine Erkenntnis-Methode ist, sondern zum Standardprogramm einer Person oder einer Gruppe wird. Man gewöhnt sich an, den einen Pol nicht mehr zu verlassen und fasst Gegenpositionen nur noch als Zumutungen auf.

Mit einer solchen Haltung wird das Leben zunächst sehr einfach und leicht; auf die Dauer aber wird es sehr gefährlich: Im schlimmsten Fall entstehen dann Vernichtungswünsche gegen alle, die nicht bereit sind, die eigene Sicht auf die Dinge zu bestätigen.

Also:

Lassen wir unterschiedliche Pole zu. Zeigen wir ruhig auch zwischendurch ein wenig Einseitigkeit, um klarer zu sehen. Haben wir dann aber den Mut zur offenen Debatte, zum Entgegenkommen und zur Bewegung. Pole sind selten

gemütliche Orte! Man sucht sie auf, um sie in aller Regel bald wieder zu verlassen.

Aber:

Dies sage ich und betone, dass es einige wenige Ausnahmen gibt: Mit den definierten Grundlagen eines Gemeinwesens darf ebenso wenig gespielt werden, wie mit den Grundlagen einer Freundschaft oder Partnerschaft. Das gilt vor allem auch für unser staatliches Gemeinwesen.

Nur zur Erinnerung: Unser Grundgesetz hat nicht nur eine universalistische Präambel – in „Verantwortung vor Gott und den Menschen“ gab sich das deutsche Volk dieses Grundgesetz! **Unser Basistext enthält auch den „Ewigkeitsschutz“ (Art. 79.3) für Artikel 1 und für die Grundsätze von Artikel 20.** Universalismus statt völkische Exklusivität, Menschenwürde statt Verachtung anderer, Demokratie, Rechtsstaat, Gewaltenteilung und Sozialstaat statt „freie Bahn den Stärksten“ – das sind unsere unverrückbaren, durch Art. 79.3 auf Ewigkeit geschützten Grundsätze.

Wer dazu absolute Gegenpole besetzt scheidet für das Zusammenarbeiten aus. Mit ihm muss man zusammenkommen, um ihm so klar wie nur möglich zu widersprechen.

Ab jetzt wird es schwieriger.

2.

Populismus verachtet das einfache Volk

Was ist eigentlich Populismus?

Bevor ich mich an eine Definition heranwage liegt mir am Herzen, das Folgende zu sagen:

Der Begriff Populismus wird bekanntlich vom lateinischen Wort für „Volk“ abgeleitet. Wenn man radikale, einseitige und allzu einfache Botschaften als „populistisch“ bezeichnet, dann geschieht das oft auf der Basis der Verachtung einfacher Leute – man traut ihnen nichts Schwieriges zu und liefert deshalb nur stark vereinfachte Kost.

Populistische Akteure gehören in aller Regel zur formal hochgebildeten Schicht. Sie haben gelernt und wissen sehr genau, dass die Welt nur durch Differenzierung zu verstehen ist. Weder in Medizin und Biologie noch in der Soziologie, weder in der Physik, noch in der Chemie, weder in der Literatur noch in der Malerei und erst recht im Zusammenleben von Gruppen und

Gesellschaften, Völkern und Staaten ist irgendetwas einfach! Populisten wissen das! Sie reden und handeln aber gegen dieses Wissen.

Damit bin ich beim ersten Punkte meiner Definition „Was ist Populismus?“

Populismus tut so, als sei alles sehr einfach.

Frau Weidel und ihre Einflüsterer sind keine Dummköpfe. Sie sind nach formaler Bildung Elite. Sie gehören zu den privilegierten Kreisen. Und doch erzählen sie Tag für Tag die Story von den einfachen Lösungen. Sie verachten damit das Volk. Weil sie sich selbst die Mühe der Aufklärung über komplexe Sachverhalte nicht machen wollen, nutzen sie ihre Kommunikationskanäle für die systematische Verleugnung komplexer Zusammenhänge.

Ich nehme an, dass studierte Menschen wie Alice Weidel und Sarah Wagenknecht z.B. die Physik des Klimas kennen. Es kann gar nicht sein, dass derart gebildete Leute die Zusammenhänge zwischen CO₂, Methan und Lachgas auf der einen Seite und dem Treibhauseffekt in der Atmosphäre auf der anderen Seite nicht kennen. Sie nehmen durch ihre Reden den Menschen, die aufgrund familiärer oder anderer Umstände keine Möglichkeit für hohe formale Bildung hatten, die Chance, die Bedrohungslage zu erkennen. Sie erzählen diesen Menschen wider besseres Wissen die Lüge, dass es keinen, vom Menschen verursachten Erhitzungseffekt gibt.

Wer so handelt, verachtet die Menschen, verachtet das Volk. Der Begriff des Populismus ist deshalb so schlimm, weil er unterstellt, dass das Volk prinzipiell nichts kapiert und nichts kapiert will. Dem ist aber nicht so.

Das Volk ist voller sensibler, zu Mitleid, Vorsorge und Fürsorge bereiter Menschen. Es wird von gewissenlosen Teilen der sog. Elite gezielt falsch informiert, aufgehetzt und an der rechtzeitigen Korrektur falscher Verhaltensweisen gehindert. Nicht das Volk ist gewissenlos und dumm. Es sind intelligente, elitäre Personen, die das Volk am Lernen hindern.

Leider machen aber auch gutwillige Menschen hier schwere Fehler: Sie schaffen es oft nicht, große Notwendigkeiten in einfacher aber nicht verfälschender Sprache mit Menschen aller Schichten zu besprechen.

Ich tröste mich mit dem berühmten Paulus-Wort, wonach die Gaben des Geistes unterschiedlich sind: Die einen haben die Gabe der Erkenntnis, andere die Gabe der Auslegung und - modern gesprochen – die Gabe der Vermittlung in leichter Sprache. Paulus hat schon damals das Phänomen des „Influencens“ erkannt. Es kann zu einem sehr großen Problem werden, dass viele gute Ideen und Konzepte nur in schwerer Sprache angeboten werden. Populisten haben mit ihren gefährlichen Botschaften sehr früh erkannt, dass die heute zur Verfügung stehenden Vermittlungsmethoden eine ganz andere

Sprache erfordern: Hochemotionale Bilder und Worte. Freilich gelingt ihnen das, weil sie auf Differenzierung bewusst verzichten.

Wir brauchen Influencer und Influencerinnen für die Vermittlung der wichtigsten Botschaften unserer Zeit in alle Schichten hinein! Gute Influencer verzichten auf verfälschende Vereinfachung, verzichten aber auch auf unnötige Unverständlichkeiten!

Wenn wir auf der Basis von Fakten und Wahrheiten zusammenkommen wollen, dann geht das nur, wenn wir das Kunststück einfacher Sprache ohne Verfälschungen schaffen!

Da sind wir auch schon bei einem weiteren Thema:

Es geht um Pauschalierung.

Es geht Populisten und Pauschalierern immer darum, bestehende Probleme möglichst unter **Benennung einer einzigen Ursache** erklären und aus dieser einen Ursache dann schuldige Einzelne oder schuldige Gruppen zu definieren. Wir kennen die mörderische Version dieser Methode aus der Geschichte – „die Juden sind schuld!“ – so hieß es schon im Mittelalter und dann auch wieder im 20. Jahrhundert.

Pauschalurteile gibt es zuhauf: Gäbe es diese eine Ursache, Person, Gruppe nicht – wäre das Problem nicht aufgetreten – so lautet die Pauschal-Botschaft. „Merkel muss weg“, „Habeck muss weg“, „die Ampel muss weg“... wir kennen diese vereinfachende Pauschalierung zur Genüge.

Dass nahezu nichts nur mit einer einzigen Ursache oder Personenangabe erklärbar ist, interessiert populistische Pauschalierer nicht.

Ein Musterbeispiel für pauschalierende Vereinfachung ist meines Erachtens auch ein Wahlplakat der Frau Wagenknecht:

„Krieg oder Frieden - Sie haben die Wahl!“

Eine solche Behauptung ist das Gegenteil von Differenzierung, Nachdenklichkeit und umfassender Problemanalyse. Ein hoch komplexer Vorgang wird extrem vereinfacht.

Freispruch der eigenen Leute

3. Wir sind die Guten!

Neben der Vereinfachung und der Pauschalierung gehört zum populistischen Handwerkszeug immer auch der pauschale Freispruch der „eigenen“ Leute:

Die Definition einer einzigen Ursache eines Problems und die Markierung von schuldigen Personen erlaubt es Populisten, die eigene Zielgruppe von Verantwortung für Problemlagen zu entlasten. Niemand muss bei sich etwas ändern, um Probleme zu lösen. Problemträger und Problemverursacher sind immer andere. Die Welt der Populisten ist klar gegliedert: „Wir“ und „die anderen“. „Wir“ – das sind einerseits die Guten und Normalen, andererseits ist dieses „Wir“ das bedauernswerte Opfer der „anderen“.

Diese anderen sind vor allem die sog. „Eliten“, also Menschen, die Entscheidungsmacht haben und als solche die Zumutungen verursachen, unter denen „wir“ zu leiden haben.

Der populistische Lieblingsort, das Bierzelt, ist für dieses Spiel mit „Wir“ und „die anderen“ besonders geeignet: Der stellv. Ministerpräsident Bayerns beherrscht dieses Spiel genau so gut wie der echte Ministerpräsident. Im Bierzelt sitzen z.B. nur sehr wenige Vegetarierinnen und Lastenradfahrer – da funktioniert das Spiel hervorragend: Die Schweinsbratenfreunde und die Verbrennerfans sind das „gute und normale Wir“ und „die anderen“ sind die „problematischen Störenfriede“.

Es ist bedrückend zu erleben, dass die großen ökologischen Überlebensprobleme der Menschheit – Erhitzung, Artenverarmung, Wasserkrise, Bodenverluste - von Populisten als „Lügen volksfeindlicher Eliten“ bezeichnet werden, mit denen das Leben künstlich verteuert und freudlos gemacht werden soll.

In den USA steht nun wieder ein Mann in Amt und Würden, der mit solchen Parolen seine Wahlkämpfe angefüllt hat. Und auch bei uns gibt es zwei aufstrebende Parteien, die ziemlich ähnliche Parolen vortragen. Die Energiewende sei keine Notwendigkeit, sondern ein Projekt der Deindustrialisierung Deutschlands, also ein böses Unternehmen gegen die Interessen Deutschlands und seiner „normalen Leute“. Da sind sich AfD und Frau Wagenknecht ziemlich einig.

Das pauschale Freisprechen der „eigenen Leute“ ist auch bei sog. Volksparteien gefährlich: Da die Zielgruppe „alle“ sind, darf niemandem mehr etwas zugemutet werden! So lassen sich aber die großen Probleme nicht lösen. Da wir alle z.B. am Klimawandel, an der Artenverarmung, an der Staatsverschuldung, an der unfairen Preisgestaltung vieler Waren entlang der Welthandelsketten (und damit auch an einer der Ursachen für die große Armutswanderung) mitschuldig sind, hüten sich Populisten, aber auch sog. Volksparteien, hier an die Wurzel der Probleme zu gehen.

Man muss den Mut aufbringen und unser aller Anteil am Entstehen und an der Verschärfung der großen Probleme anzuerkennen und auch nicht mehr zu verheimlichen, dass die Lösungen uns allen zunächst Schmerzen zufügen werden – ähnlich einer Zahnbehandlung...

Aber wie in der Arztpraxis: Es braucht die Zustimmung des Patienten!

Wir sind dringend darauf angewiesen, dass mutige Politikerinnen und Politiker den herben aber reinen Wein der erkannten Fakten einschenken und nicht länger so tun, als vertrage das Publikum nur künstlich gesüßtes, verfälschtes Zeug!

Was ist normal?

4.

Und schon sind wir bei einem weiteren, sehr oft bemühten populistischen Konzept: die Normalität.

Ein Lieblingswort populistischer Rede ist das Wort „normal“. Die AfD hat mal plakatiert: „Deutschland – aber normal!“ Damit ist gemeint: „So wie ich selber bin und so wie ich denke – das ist normal“. Damit wird alles andere „extrem“ oder „außenseiterisch“ bis „störend“, weil nicht „normal“. Mein eigener Gedanke, mein eigenes Projekt, meine Sicht auf die Welt – das ist die Leitlinie der Normalität.

Eine besondere Hauptrolle spielt beim Populismus die eigene Nation, das eigene Volk. Populismus ist eigentlich immer auch dem völkischen Nationalismus zumindest sehr nahe. Das Eigene ist das Normale.

Über-nationale Strukturen wie zum Beispiel die Europäische Union oder die UN, internationale Abkommen wie z.B. das Pariser Klimaschutzabkommen oder die Flüchtlingskonvention, auch Aktivitäten wie z.B. die Entwicklungszusammenarbeit oder die Unterstützung anderer, von Aggressionen bedrohter Staaten, geraten unter populistischen Beschuss. Ihr Wert wird ignoriert oder aggressiv abgelehnt. „Für alles haben sie Geld, nur nicht für die eigenen Leute“ – so lautet die populistische Botschaft schlechthin.

Es sei doch „normal“, zuerst an sich selbst zu denken – für diese These kann man sehr leicht Zustimmung ernten. „Unser Land zuerst“ – mit dieser Mutter aller populistischen Schlagworte werden wieder Wahlen gewonnen.

Gleichzeitig wird in Sachen Verantwortung der Beitrag des eigenen Volkes, des eigenen Landes systematisch klein geredet: „Deutschland hat nur 1% der Weltbevölkerung und trägt nur 2% zum CO₂-Ausstoß bei – das spielt doch keine Rolle“ so lautet eine Lieblingsausrede.

5.

Absolute Lösungen

Populisten kündigen an, Probleme vollständig zu lösen bzw. aus der Welt zu schaffen. Das ist nicht nur unwahrscheinlich, sondern in den allermeisten Fällen absolut ausgeschlossen. Migration ist so ein Problem. Seit es Menschen gibt, sind sie in Bewegung, verlassen ungünstige Orte und suchen nach günstigeren. Migration kann im optimalen Fall unter Beachtung der allgemeinen Menschenrechte geregelt werden. Migration kann auch durch die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Herkunftsländern verringert werden. Verschwinden wird sie nicht.

Auch Klimawandel und Artenverarmung werden wir nicht mehr „beenden“ können. Wir müssen aber dafür sorgen, dass die drohenden Extreme möglichst ausbleiben und die eintretenden Veränderungen nicht zum Verlust wertvoller Güter wie Leben, Gesundheit, Freiheit und Schönheit führen.

Auch wenn nach meiner Überzeugung keine absoluten Problemlösungen möglich sind, muss Politik handeln und versuchen, Probleme zu entschärfen. Der Populismus blüht auf, wenn die Leute den Eindruck haben, dass nichts geregelt wird und dass Regierungen nicht regieren. Die letzten Jahre waren leider keine Jahre, in denen man den Eindruck haben konnte, dass Probleme wirklich angerpackt werden und dass die Bundesregierung handlungsbereit ist. Das hat dem Populismus gut getan... und uns allen geschadet.

Ich möchte meine bruchstückhafte Analyse des Phänomens Populismus mit folgender Überlegung schließen – bevor ich zu den Methoden des Zusammenkommens komme:

Es kommt sehr darauf an, wer populistisch redet und wo geredet wird. Ein Stammtischbesucher am Wirtshaustisch oder ein Mitglied der Staatsregierung vor 1000 Leuten? Der Chef eines großen Unternehmens in einer Pressekonferenz oder der Pförtner in der Mittagspause mit seinen Kollegen?

Ich erschrecke, wenn Führungskräfte im Staatsamt wichtige Verfassungsgrundsätze in öffentlichen Reden ignorieren. Herr Aiwanger redet z.B. gerne davon, dass er Ausländer nach der „ersten Straftat“ in den Flieger setzen und „auf Nimmerwiedersehen ab nach Hause“ schicken werde. Was meint der stellv. Ministerpräsident, der dem Rechtsstaatsprinzip verpflichtet ist? Er kann unter Achtung seines Dienstes nur meinen, dass ein Straftäter nach

rechtskräftiger Verurteilung abgeschoben werden soll, wenn dies unter Achtung des nationalen und internationalen Rechts möglich ist.

Die verkürzte Äußerung auf einem Parteitag oder im Bierzelt – „nach der ersten Straftat in den Flieger und ab nach Hause“ – suggeriert aber den Zuhörern, dass abgeschoben wird, womöglich gleich nach einer Tat, einer Festnahme, einem erstinstanzlichen Urteil oder vielleicht ganz ohne Juristerei und Rücksicht auf internationales Recht und deutsche Gesetze?

Tat – Festnahme – Verhör – Ermittlungsrichter – Anklage – Urteil – Berufung – Urteil rechtskräftig – Prüfung der Abschiebemöglichkeit ... das alles interessiert den Populisten bei seiner Rede nicht. Er verdummt gezielt die Zuhörenden, obwohl er sehr genau über die Lage Bescheid weiß!

Führungskräfte stehen in großer Verantwortung. Man muss von ihnen erwarten, dass sie die schwierigen Grundsätze unseres Verfassungsstaates nicht nur achten, sondern auch gegenüber dem Volk erklären und verteidigen.

Aber jetzt endlich zum zweiten Teil meiner Themenstellung:

Wie kommen wir wieder näher zusammen, wo geht etwas „gemeinsam“?

„Zusammen“ und „gemeinsam“ sind trügerische Begriffe. Sie sind stark situationsabhängig: Wenn drei Menschen miteinander als erste an einen Unfallort kommen, dann wird man sehr schnell gemeinsam versuchen, zu helfen, zu retten, weitere Hilfe herbeizuholen. Sollten zunächst zwei von den dreien zögern, wird die Aktivität des einen die beiden anderen sehr schnell animieren, ebenfalls aktiv zu werden. Kommunikation und Vorbild sind die Treiber gemeinsamen Tuns.

Sollten diese drei Menschen nach dem vorläufigen Abschluss der Sache noch ein wenig zusammenbleiben, werden sie sich gegenseitig anerkennend verhalten. Welche Ansichten vom Leben und von der Politik die drei haben, interessiert dann nicht. Noch nicht. Sollten sie sich später wieder treffen, kann es aber schon sein, dass man sich gedanklich wieder fremd wird – wenn man hört, was die anderen so denken – über die Welt, über Gott, die Politik, die Lösungsvorschläge für die Probleme. **Aber die gemeinsame Erfahrung positiven Handelns wird eine solche Diskussion mäßigen. Welch ein Gewinn!**

Es wäre hilfreich, solche praktische Gemeinschaftserfahrungen miteinander, über alle Anschauungsgrenzen hinweg, machen zu können. Es ist dies eines der wichtigsten Argumente für ein soziales Pflichtjahr, das meiner Meinung nach das Grundgesetz in Artikel 12.2 ermöglicht: Im praktischen Handeln

würde man Menschen erleben, die ganz anders eingestellt sind, mit denen man aber ein gemeinsames, am Gemeinwohl orientiertes Projekt bearbeitet.

Man kann solche Gemeinsamkeitserfahrung aber auch in Schule und am Arbeitsplatz machen. Das setzt jedoch voraus, dass Schule und Arbeitsplatz keine reinen Konkurrenzveranstaltungen sind, sondern eben den Charakter eines „gemeinsamen Projektes zum Wohle aller“ haben.

Wenn nicht nur die Plattformen der sog. sozialen Medien als Kampf-Arenen wahrgenommen werden, sondern auch - ganz analog – Schulen, Arbeitsplätze, Nachbarschaften, ja, auch Gemeinde- oder Stadtrat zur gegenseitigen Herabsetzung genutzt werden, wenn gemobbt, verleumdet, bedroht, behindert wird – dann werden Chancen für Gemeinschaftserlebnisse verhindert oder zerstört.

Es kommt sehr darauf an, sich zu wehren indem man solche Prozesse erstens keinesfalls selber mitmacht und zweitens nicht müde wird, den besseren Weg einzuschlagen. Das mag jetzt naiv klingen, es ist aber nach meiner tiefen Überzeugung das jetzt notwendige Verhalten: **Nicht mitmachen beim Verlust von Anstand und Sachlichkeit. Klare Missbilligung von unangemessenem Verhalten in Wort, Schrift und Handlung. Bemühen um Faktenklarheit und Differenzierung bei eigenen Meinungsbeiträgen!**

Ich bin auch nach Jahren noch froh über einen spontanen Einfall in einer Kreistagssitzung und über die Ausführung. Der Antrag selbst enthielt keinen Angriff und keine Beschuldigung. Er drückte nur aus, dass der Kreistag die verbalen Angriffe einer Fraktion auf alle Wohlfahrtsverbände, die sich in der Betreuung von geflüchteten Menschen engagieren, missbilligen sollte. Nicht mehr und nicht weniger. Der Landrat ließ sich kurz von seiner leitenden Juristin bestätigen, dass so etwas erlaubt sei und dann ließ er abstimmen: Alle dafür – gegen die drei, die zuvor die Caritas, die AWO und den Kinderschutzbund als „Geschäftemacher und Profiteure der illegalen Migration“ verleumdet hatten.

Im Alltag braucht es keinen Antrag, keinen Landrat und keine leitende Juristin.

Es kann schon ein einfaches „da bin ich ganz anderer Meinung!“ die Hetze eines Gesprächsteilnehmers unterbrechen und die Frage „wie siehst denn du das Problem?“ auslösen. Weder Angriffe noch Beschuldigungen, weder Beleidigungen noch Übertreibungen und schon gar nicht Schweigen um des lieben Friedens willen bringen uns zusammen. Das alles bringt uns nur schön langsam ins rechte Abseits, wo wir eigentlich mit diesem Land nie mehr hinwollten.

Das ist aber noch nicht alles.

Ich erwarte mir Dynamik für das Zusammenkommen, wenn wir neue Ansätze in der demokratischen Partizipation wagen.

Ich habe zwar noch nie an so etwas teilgenommen, immer nur darüber gelesen. Nach anfänglicher Skepsis meine ich heute, dass wir hier eine Chance des Zusammenkommens hätten... Ich meine Bürgerräte, Bürgergutachten und Bürgerhaushalte. Die Methodik stößt zunächst viele ab – aber genau in dieser Methode steckt der eigentliche Reiz: Der Rat der Stadt oder auch der Landtag, der Bundestag oder auch eine Staatsregierung definieren zunächst ein aktuelles Problem - eines, nicht 15 oder 100!

Dann werden Menschen ausgelost – richtig gehört: ausgelost, nicht gewählt. Diese Zufalls-Gruppe kommt dann mit Expertinnen und Experten zusammen und lernt die Sache, um die es geht, gründlich kennen. Endlich formuliert man unter Assistenz von Verwaltungskräften ein Ergebnis. Dieses Ergebnis bekommt die Qualität eines Antrages an Stadtrat, Kreistag, Landtag, Bundestag – und muss dort wie ein normaler parlamentarischer Antrag beraten werden. Die Verantwortung der Entscheidung bleibt aber beim gewählten Gremium. Der Bürgerrat entscheidet nicht; er stellt nur einen begründeten Antrag.

Solche Bürgerräte entfalten sehr viel konstruktive Stimmung. Das ergeben alle entsprechenden Berichte. Ähnliche Räte gab es schon in Kommunen, bei denen man eine bestimmte, nicht allzu gewaltige Summe in den Haushalt einstellte, die aber von einem Bürgerrat verwaltet wird. Das ist mehr als das Gutachten, es ist eine Entscheidung, aber immer noch keine Entmündigung des gewählten Rates wie viele befürchten.

In einem Bürgergremium wird das möglich, was auch in den herkömmlichen politischen Gremien eigentlich Alltag ist: Der Kompromiss.

Die Kunst des Kompromisses darf nicht missinterpretiert werden: Kompromisse können nur Menschen und Gruppen schließen, die sich klar und deutlich positionieren. Der gefundene Kompromiss löst die Überzeugung der Kompromissschließenden nicht auf. Es gehört zu den demokratischen Tugenden des Volkes, der Wählerschaft, einen guten Kompromiss nicht als „gebrochenes Wahlversprechen“ abzuwerten.

Es ist derzeit feststellbar, dass in allen Demokratien dieser Erde regierende Parteien sehr schnell abgewählt werden, weil offenbar viele Menschen die Kunst des Kompromisses für falsch halten. Es würde diesen Beitrag sprengen, hier tiefer einzusteigen; ich meine aber, dass es Demokratie ohne Kompromiss nicht gibt. Wie oben schon gesagt: Über Grundsätze höchster Qualität wie die fundamentale Menschenwürde kann es keine Kompromisse geben. Das Meiste andere aber muss offen sein für Kompromisse!

Und natürlich plädiere ich für die behutsame Einführung der direkten Demokratie auch auf Bundesebene. Das Grundgesetz würde das ermöglichen. Bisher hatte noch kein Bundestag den Mut, wenigstens so etwas wie einen Volksantrag zu ermöglichen. Niemand sollte Angst vor undemokratischen Entscheiden haben: Auch für die direkte Demokratie würde gelten, was für den Bundestag gilt: Art 79.3 und die wunderbar starke Position des Bundesverfassungsgerichtes schützen die Grundfesten unseres demokratischen Gemeinwesens!

Damit wäre meines Erachtens viel zu erreichen. Ich fürchte aber, dass wir noch zwei ganz unterschiedliche Riesenprobleme angehen müssen:

Das Kommunikationsproblem und das Verteilungsproblem

Einige der erfolgreichsten Unternehmen unserer Zeit haben als Geschäftsmodell das folgende entwickelt: Gib möglichst vielen Menschen die Gelegenheit, kostenlos über andere herzuziehen und dafür Beifall von vielen anderen zu bekommen! Dieses Konzept ist kombiniert mit einem gewaltigen Zeit-Diebstahl an Milliarden von Menschen, verbunden mit einem gigantischen Werbegeschäft und einer weitgehend kaum beachteten, maximalen Energieverschwendung.

Wir erleben bekanntlich eine dramatische Veränderung der Kommunikationssysteme. Die große Maschine, die den irrümlichen Namen „social media“ bekommen hat, ist so konstruiert: Man will die Menschen möglichst lange und dauerhaft auf den entsprechenden Plattformen halten, ihre Daten sammeln und dann Werbung gezielt platzieren. Für das Ziel der Dauerhaftigkeit werden die Algorithmen konstruiert; deshalb verstärken sie automatisch und gezielt jede „Nachricht“, die erkennbar beim Nutzer „angekommen“ ist. Wer also einmal eine Botschaft gelikt, vielleicht ein zweites Mal gelesen und sogar weiterverbreitet hat, der oder die wird jetzt mit ähnlichen, aber inhaltlich verschärften Botschaften gefüttert. Auf diese Weise nimmt die Aggressivität auf der Plattform lawinenartig zu.

Die heute herrschenden Algorithmen der kommerzorientierten Plattformen verstärken also systematisch die Polarisierung. Sie legen immer noch eins drauf... Sie verbergen ausgleichende Botschaften. Das ist eine der Hauptursachen der gegenwärtigen Unkultur unserer Kommunikation und Willensbildung.

Man frage nicht mich, einen „digital immigrant“ vorgerückten Alters, wie dem beizukommen wäre. Ich meine aber, dass hier die Gemeinwohl-Instanz Staat an die Arbeit muss. In den USA wird das nicht geschehen, weil die Hauptverantwortlichen gerade den Staat übernommen haben und sich fest

vorgenommen haben, die Mittel des Staates gerade nicht für die Eindämmung des Missbrauches von Kommunikationsmitteln zu verwenden – ganz im Gegenteil.

Es ist jetzt Zeit, die europäische Politik an einem neuen, aber sehr alten Ziel auszurichten: Maschinen müssen dienen, nicht herrschen! Die neuen Maschinen sind die Algorithmen, die Bots, die KI-System und wie das alles heißt. Aber es sind Maschinen. Menschen haben sie konstruiert. Sie werden von Menschen bedient und sie arbeiten im Interesse ihrer Konstrukteure. Und so wie im 19. Jahrhundert Arbeitsschutzvorrichtungen an den Maschinen erst als zu teuer und Beschränkungen der Laufzeiten als unzumutbar für die Gewinninteressen der Betreiber galten, so gelten auch heute alle Beschränkungen für Meta, X, Tiktok, Amazon und google als übergriffig und gar als gegen die Informationsfreiheit gerichtete Zensur.

Wir müssen - wie seinerzeit am Beginn der Industrialisierung – die gemeinwohltiftende Aufgabe des Staates aktivieren. Sonst kommen wir nicht mehr zusammen, weil an unserer Trennung und an unseren gegenseitigen Vernichtungsspielen sehr gut verdient wird.

Man stelle sich vor, es gäbe eine europäische Plattform zum Meinungs austausch in öffentlich-rechtlicher Rechtsform. Ein solche Netzwerk hätte Aufsichtsgremien, die Moderation erfolgte nach demokratischen Werten und die Algorithmen würden nicht der Polarisierung dienen, sondern der Vielfalt der demokratischen Sichtweisen. Wir sind spät dran – aber hoffentlich nicht zu spät für solche Investitionen ins Gemeinwohl!

Im Vergleich zum Kommunikationsproblem wäre das zweite Riesenproblem, das uns auf die Dauer auseinander bringt und das Zusammenkommen verhindert, relativ leicht und mit herkömmlichen Mitteln zu lösen: Es ist das Verteilungsproblem. Die Daten sind eindeutig: Die Vermögen nicht nur in Deutschland sondern weltweit sind extrem ungleich verteilt. Die Anzahl der Milliardäre nimmt zu – aber es sind „nur“ 2781. Im Vergleich zu 8 Milliarden Menschen sind die Milliardäre also eine extrem kleine Minderheit. Diese sehr kleine Minderheit verursacht mit der nicht so kleinen Minderheit der Multi-Millionäre einen sehr hohen Anteil der weltweit anfallenden Angriffe auf die Lebensgrundlagen. Es ist an der Zeit, die Verteilung der materiellen Güter und damit verbunden die Verteilung der Entwicklungs-Chancen gemeinwohlorientiert anzupacken. Die Mittel dafür sind bekannt: Steuern auf Vermögen und Erbschaften.

Was Karl Marx im 19. Jahrhundert sehr genau erkannt hat - man muss kein Marxist sein um anzuerkennen, dass Karl Marx ein großer Analytiker der Verhältnisse am Beginn der Industrialisierung und ein bedeutender Sozialphilosoph war – gilt auch heute noch: Unser aller Leben hat eine materielle Basis! Wir alle sind froh, wenn diese Basis gesichert ist, wenn wir also nicht nur die Stromrechnung, die Miete oder die Hypothekenrate und die Einkäufe für den täglichen Bedarf, sondern auch noch ein bisschen was Gutes und Schönes dazu bezahlen können. Wenn all das Probleme macht, dann ist die Sensibilität der Menschen für andere Frage sehr reduziert.

Die Soziologie kennt eine Fülle von Studien, die nachweisen, dass Gesellschaften mit ausgeglichenen Wohlstandsstrukturen friedlicher und kooperativer sind als Gesellschaften mit starken oder gar extremen Unterschieden.

Der soziale Ausgleich der materiellen Möglichkeiten ist ein wichtiger Beitrag zum Miteinander!

Es ist bedrückend sehen zu müssen, dass es Populisten gelingt, die kleinen Leuten einerseits in ihrer Unzufriedenheit zu bestärken, andererseits aber den gleichen kleinen Leuten einzureden, dass Steuern auf Vermögen und Erbschaften böse sind. Erst vor kurzem wurde durch ein seriöses Forschungsinstitut nachgewiesen, dass viele Parteien gerade die Stärksten durch Senkung der Spitzensteuersätze und durch Abschaffung der Erbschaftssteuern entlasten möchten – es sind Parteien, die sehr oft von kleinen Leuten gewählt werden – gegen deren eigene Interessen!

So, jetzt ist viel genug gesagt. Ich wünsche uns allen ein Jahr des Aufwachens und des europäischen, gemeinsamen Widerstandes gegen die Staatsfeinde aus dem Silicon-Valley und für eine gerechtere Vermögensverteilung!